MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 28.01.2011, 16:00 Uhr

Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesenheit:

Herr Stadtrat Biver, Nico - Marburger Linke
Herr Stadtrat Hertlein, Jürgen - SPD
Herr Bürgermeister Dr. Kahle, Franz - B 90 / Die Grünen
Frau Stadträtin Laßmann, Alev - B 90 / Die Grünen
Frau Stadträtin Müller-Wickenhöfer, Johanna - FDP
Herr Stadtrat Rehlich, Jürgen - CDU
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich - CDU
Frau Stadträtin Schulze-Stampe, Ursula - SPD
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis - SPD
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus - SPD
Herr Stadtrat Stötzel, Wieland - CDU
Herr Stadtrat Stürmer, Roland - B90/Die Grünen
Herr Oberbürgermeister Vaupel, Egon - SPD
Frau Stadträtin Dr. Weinbach, Kerstin - SPD
Herr Acker, Matthias - SPD
Herr Backes, Björn - SPD
Frau Biebusch, Monika - SPD
Frau Böttcher, Bettina - SPD
Herr Büchner, Thorsten - SPD
Frau Daser, Dagmar - SPD
Frau Dinnebier, Kirsten - SPD
Herr Hebert-Henkel, Helmut - SPD
Herr Hussein, Schaker - SPD
Frau Lotz-Halilovic, Erika - SPD
Herr Löwer, Heinrich - SPD
Frau Mertins, Barbara - SPD
Herr Meyer, Uwe - SPD

Herr Dr. Musket, Ralf - SPD
Frau Seelig, Johanna - SPD
Frau Sell, Sonja - SPD
Herr Severin, Ulrich - SPD
Herr Simon, Matthias - SPD
Herr Weidemann, Gerald - SPD
Frau Wölk, Marianne - SPD
Frau Gottschlich, Hannelore - CDU
Herr Heck, Hermann - CDU
Herr Jannasch, Manfred - CDU
Frau Kaufmann, Anita - CDU
Herr Kissel, Winfried - CDU
Herr Lohse, Ingo - CDU
Frau Mehnert, Ute - CDU
Herr Muth, Stephan - CDU
Frau Oppermann, Anne - CDU
Herr Pfalz, Roger - CDU
Frau Dr. Röder, Claudia - CDU
Frau Röhrkohl, Anni - CDU
Herr Sauer, Florian - CDU
Frau Schaffner, Karin - CDU
Herr Scherer, August - CDU
Herr Stompfe, Philipp - CDU
Herr Vaupel, Dirk - CDU
Herr von Ploetz, Jan - CDU
Herr Dr. Wulff, Reimer - CDU
Frau Dr. Baumann, Petra - B 90 / Die Grünen
Frau Busch, Johanna - B90/Die Grünen
Frau Dorn, Angela - B90/Die Grünen
Herr Flohrschütz, Rainer - B 90/Die Grünen
Herr Göttling, Dietmar - B 90 / Die Grünen
Frau Köhler, Sabine - B90/Die Grünen
Frau Neuwohner, Elke - B 90 / Die Grünen
Frau Dr. Perabo, Christa - B 90 / Die Grünen
Herr Schäfer, Wolfram - B 90 / Die Grünen
Frau Dr. Therre-Staal, Elke - B90/Die Grünen
Frau Adsan, Halise - Marburger Linke
Herr Prof. Dr. Fülberth, Georg - Marburger Linke
Frau Kolter, Astrid - Marburger Linke
Frau Schäfer, Birgit - Marburger Linke
Herr Dr. Weber, Michael - Marburger Linke

Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich - FDP
Herr Sawalies, Torsten - FDP
Frau Schwebel, Gerlinde - FDP
Herr Ludwig, Heinz - MBL
Herr Dr. Uchtmann, Hermann - MBL

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Der Stadtverordentenvorsteher Heinrich Löwer - SPD-Fraktion - eröffnet die Sitzung um Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Der Saal ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche zur ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor.

1. Dinglicher Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Altglasentsorgung VO/0076/2011

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Dr. Musket (Bündnis 90/Die Grünen). Die CDU-Fraktion tritt dem Dringlichen Antrag bei. Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen mehr als 40 Stadtverordnete diese dringliche Vorlage. Der Stadtverordnetenvorsteher nimmt den Antrag als Tagesordnungspunkt 15.1 in die Tagesordnung aufnehmen und entsprechend aufrufen. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste betr. Klarstellung der widersprüchlichen Aussagen zum Einfluss der Stadt Marburg in der neugegründeten Energie Marburg-Biedenkopf GmbH VO/0079/2011

Die Dringlichkeit des Antrages wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Der Stadtverordnete Acker (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU,

FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Auch dieser dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Im Ältestenrat wurde vereinbart dem Tagesordnungspunkt 17.25 Antrag der Fraktion CDU, FDP und MBL betr. Aufklärung und Konsequenzen aus dem Unterschlagungsfall in der Tagesordnung vorzuziehen und als ersten Antrag der Fraktionen unter TOP 17 zu beraten. Aussprache wurde dazu im Haupt- und Finanzausschuss angemeldet.

Gegen diese Vereinbarung wird aus dem Hause keine Widerspruch vorgetragen.

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, Tagesordnungspunkt 17.6 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahr Bauerbach zu vertagen und an den Ortsbeirat des Stadtteiles Bauerbach zur Beratung zu überweisen.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Weidemann (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken, Nein-Stimmen der SPD-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag TOP 17.6 wird vertagt und an den Ortsbeirat des Stadtteiles Bauerbach zur Beratung überwiesen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 1 01/2011)
Vorlage: VO/0055/2011

Wie groß war die Auslastung der von den Stadtwerken bewirtschafteten Parkhäuser in den Jahren 2009 und 2010?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die von den Stadtwerken Marburg bewirtschafteten Parkhäuser haben von 2009 zu 2010 steigenden Nutzungszahlen zu verzeichnen. Die einzige Ausnahme ist das Parkhaus Oberstadt, das aufgrund der Einrichtung des Parkplatzes „Alte

Brauerei" geringere Nutzungszahlen aufweist.

Anlage:	2009	2010	Abweichung:
Parkdeck Hauptbahnhof	40.185	48.695	21,18%
Parkhaus Oberstadt	213.512	182.322	-14,61%
Parkhaus Marktdreieck	492.501	515.474	4,66%
Parkhaus Nord	9.422	12.378	31,37%
Parkplatz Alte Brauerei*)	12.621	164.456	
Summe:	768.241	923.325	20,19%

*) Anlage wurde am 27.11.2009 in Betrieb genommen

Die Auslastung der Parkhäuser, die von den Stadtwerken bewirtschaftet werden, liegt im Innenstadtbereich zwischen 70 % und 90 % in der Hauptnutzungszeit an Werktagen zwischen 10 Uhr und 16 Uhr und teilweise 100 % an Tagen mit Sonderveranstaltungen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 2 01/2011)
Vorlage: VO/0056/2011

Wie wirken sich die Spenden der Deutschen Vermögensberatung AG und ihrer Tochtergesellschaft Allfinanz in Höhe von 1,5 Millionen Euro an CDU und FDP seit 2000 - davon insgesamt 200.000 an die FDP und 220.000 im August und November 2010 - (Handelsblatt Nr. 237, 7.12.2010, S. 14f.) auf die Gewerbesteuer-Einnahmen der Universitätsstadt Marburg aus?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Fragesteller hatte in der Stadtverordnetenversammlung vom November 2009 mit der Kleinen Anfrage Nr. 6 bzw. Nr. 9 vom Magistrat Auskunft darüber begehrt, wie sich die Preisentwicklung eines bestimmten Medikaments bzw. wie sich eine bestimmte Impfaktion auf die Gewerbesteuereinnahmen der Universitätsstadt Marburg auswirken.

Der Magistrat hatte seinerzeit u. a. geantwortet:

> „Besteuerungsgrundlage für die Gewerbesteuer ist bekanntlich der Gewerbeertrag, der von dem für ein Unternehmen zuständigen Finanzamt ermittelt und in einer Messzahl ausgedrückt wird. Diese Messzahl wiederum ist dann die Grundlage für die Veranlagung zur Gewerbesteuer.
>
> Dem Magistrat ist nicht bekannt, welche Tablette welchen Beitrag zum Gewerbeertrag eines Unternehmens liefert.
>
> Im Übrigen hat der Magistrat bereits mehrfach ausgeführt, dass er dem Steuergeheimnis unterliegt und deshalb

> Auskünfte zu steuerlichen Angelegenheiten eines Unternehmens nicht geben kann.
>
> In Sachen Steuergeheimnis hatte der Magistrat auf eine Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Röder im August 2007 u. a. folgendes ausgeführt:
>
>> Die Verletzung des Steuergeheimnisses ist strafbar. Sie ist nach § 355 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.
>>
>> Der Magistrat hat in seinem Diensteid geschworen, alle in Hessen geltenden Gesetze zu wahren. Er nicht die Absicht, diesen Eid zu brechen.
>
> Das gilt auch weiterhin."

An der Sach- und Rechtslage hat sich nichts geändert. Dem Magistrat ist nach wie vor nicht bekannt, welche Erträge und welche Aufwendungen in welcher Weise zum Gewerbeertrag eines Unternehmens beitragen.

Der Magistrat ist deshalb weder willens noch in der Lage, die Frage zu beantworten.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 3 01/2011)
Vorlage: VO/0057/2011

Welche Auswirkungen wird die geplante Errichtung einer privaten Reitanlage in Dagobertshausen für die dortige Infrastruktur (etwa durch zusätzlichen Straßenbau, falls größere Reitturniere zu erwarten sind) haben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es sind keine negativen Auswirkungen auf die Ortslage von Dagobertshausen zu erwarten.

Das bezieht sich auch auf die verkehrlichen Auswirkungen, da a) kein Straßenneubau geplant ist und b) es keine Anbindung der privaten Reitanlage an die historische Ortslage von Dagobertshausen geben wird, sondern die Anbindung von der Kreisstraße aus stattfinden wird.

Der Ortsbeirat hat in seiner Ortsbeiratssitzung am 04. Oktober 2010 der „Reitanlage Dagobertshausen" zugestimmt.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 4 01/2011)
Vorlage: VO/0058/2011

Kann der Magistrat berichten, wie sich die Auslastung des Oberstadt-Parkhauses und der Brauerei-Parkplätze im Lauf des Jahres 2010 entwickelt hat und ob bzw. ggf. zu welchen Gelegenheiten Auslastungsspitzen erreicht wurden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Aufgrund der Verlagerung der Priorität der Stellplatzsuchenden ist die Zahl der Einfahrten in das Parkhaus Oberstadt zugunsten des neuen Parkplatzes „Alte Brauerei" um 14,6 % zurückgegangen. Dieser Effekt wurde bereits bei der Planung des neuen Parkplatzes erwartet.
Beide Anlagen wurden im vergangenen Jahr von insgesamt 346.778 Kundinnen und Kunden genutzt, davon 164.456 nur der neue Parkplatz „Alte Brauerei".
Die Auslastung des Parkhauses und des Parkplatzes erreichen zwischen 10 Uhr und 16 Uhr eine durchschnittliche Auslastung von 70 - 90 %. Zu beobachten ist, dass der Parkplatz „Alte Brauerei" in diesem Zeitraum teilweise zu 100 % ausgelastet ist.
Eine Vollauslastung wird regelmäßig am Samstag in den Hauptnutzungszeiten und an Tagen mit Sonderveranstaltungen, z.B. 3-Tage-Marburg, Elisabethmarkt oder am Aktionstag In die Stadt ohne mein Auto erreicht.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 01/2011)
Vorlage: VO/0059/2011

Kann die Sozialdezernentin berichten, welche Veränderungen der Stadtpass im Laufe ihrer Zuständigkeit erfahren hat, wie sich der Kreis der Berechtigten bzw. Nutzer in diesem Zeitraum erweitert hat und wie viel Geld im Rahmen des Stadtpasses in diesem Zeitraum insgesamt veranschlagt wurde?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Seit Juli 2005 haben sich die Richtlinien zum Marburger Stadtpass mehrmals geändert. Zum 01.10.2005 wurde die damalige zeitliche Befristung um 6 Monate verlängert und für die VHS-Kurse eine höhere Bezuschussung vereinbart.
Zum 01.04.2006 wurde die zeitliche Befristung auf 12 Monate festgelegt und gleichzeitig eine höhere Erstattung für die FBS-Kurse (FBS = Familienbildungsstätte) beschlossen.
Zum 01.04.2007 wurde wiederum die Laufzeit des Marburger Stadtpasse für weitere 12 Monate sowie eine Anpassung der Finanzierung von Deutschkursen für ausländische Bürgerinnen und Bürger bei der VHS festgelegt. Darüber hinaus wurde die 100%-ige Kostenübernahme für Alphabetisierungskurse für deutsche Bürgerinnen und Bürger beschlossen.
Zum 01.04.2008 wurden die Einkommensgrenzen erhöht und weitere Anbieter (Deutscher Kinderschutzbund + Familienbildungsstätte für die Kurse „Starke Eltern, starke Kinder"; Fachdienst Schule für ein ermäßigtes warmes Mittagessen; KunstWerkStatt) hinzu genommen.
In 2009 kamen die Übernahme der Kosten für das Kinderschwimmen hinzu.
Eine erneute Verbesserung und Ausweitung insbesondere der ÖPNV Erstattungen ist zum 01.02.2011 geplant.

Die v.g. Verbesserungen haben zu einem kontinuierlichen Anstieg der

Nutzerinnen und Nutzer geführt.

Der städtische Mittelansatz für den Marburger Stadtpass hat sich in den letzten 5 Jahren von 250.000 € auf 330.400 € erhöht.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 6 01/2011)
Vorlage: VO/0060/2011

Ist beim Erstellen des Bebauungsplanes Nr. 9/3 für das Gebiet Frauenbergstraße/ Cappeler Straße das Bewohnerparkkonzept berücksichtigt und zwar auch unter Einbeziehung des Besitzers des benachbarten Geländes hinter dem Südbahnhof, und auch unter Einbeziehung der öffentlichen Parkplätze in das Bewohnerparkkonzept?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Bebauungsplan Nr. 9/3 „Frauenbergstraße/Cappeler Straße" dient zur Steuerung der baulichen Nachverdichtung (Anbauten, Neubauten nach Abriss) auf den Privatgrundstücken.

Das benachbarte Gelände „hinter dem Südbahnhof" und die öffentlichen Parkplätze sind nicht in dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes einbezogen worden.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 7 01/2011)
Vorlage: VO/0067/2011

Wie ist der aktuelle Stand der Entwicklung einer „Marburger Wertstofftonne" und wann ist mit einer Einführung zu rechnen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Einführung der „Marburger Wertstofftonne" war ursprünglich in Form eines einjährigen Modellproktes für den Februar 2011 geplant. Dazu waren auch bereits alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Ein entsprechendes Rechtsgutachten hat bestätigt, dass die beabsichtigte Testphase zulässig ist. Dementsprechend wurden auch die entsprechenden Vorlagen in das parlamentarische Verfahren im Januar 2011 eingebracht, so dass der Projektstart termingerecht möglich gewesen wäre.

Aufgrund der geteilten Zuständigkeit bei der Entsorgung, für die Einsammlung der Abfälle und Wertstoffe ist die Stadt Marburg verantwortlich, wohingegen der Landkreis für die Verwertung und Beseitigung zuständig ist, war es erforderlich, die Zustimmung des Landkreises dafür zu erhalten, dass die in der „Marburger Wertstofftonne" gesammelten Wertstoffe aus Privathaushalten nicht an den Landkreis übergeben werden müssen, sondern in eigener Verantwortung der stofflichen Verwertung zugeführt werden dürfen.

Diese Zustimmung wurde seitens des Landkreises nicht erteilt. Insofern kann das Pilotprojekt z.Zt. nicht gestartet werden. Eine Aussage, wann die „Marburger

Wertstofftonne" eingeführt werden wird, kann aktuell nicht validiert getroffen werden.

Da aber die Einführung einer Wertstofftonne bereits in der Abfallrahmenrechtlinie der EU und der darauf aufbauenden Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das momentan beraten wird, enthalten ist, bedeutet dies, dass das Projekt nur verschoben aber nicht aufgehoben ist, sondern vielmehr aufgrund seiner grundlegenden Bedeutung für die Weiterentwicklung der Entsorgung zu einer Ressourcenwirtschaft seitens des Magistrats weiter verfolgt wird.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 8 01/2011)
Vorlage: VO/0068/2011

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, was die Planungen des Projektes der Sozialen Stadt, einen Verbindungsweg vom Richtsberg (Gesamtschule) bis zum Südbahnhof zu schaffen, gekostet haben und was vom Entwurf verwirklicht wurde und wozu im November Sportgeräte aufgestellt wurden, deren Sinn und Zweck nicht erkennbar sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Planungen zum Projekt „Stadträumliche Anbindung Marburg-Richtsberg" sind 2009 und 2010 in mehreren öffentlichen Versammlungen vorgestellt worden, u. a. auch bei der Hansenhausgemeinde und den entsprechenden Ortsvereinen.

2010 wurden die Stationen 4, 5, 12, 13, 17 und in Kombination die Stationen 15 und 6/7 realisiert. Die Stationen 2 und 3 (Kreuzung Rollwiesenweg/Cappeler Straße bzw. Rollwiesenweg/Alter Ebsdorfer Weg) werden 2011 realisiert.
Die Station 1 muss aus Kostengründen entfallen (Südbahnhof) und die Station 10 ist in Bezug auf eine Umsetzung 2011/12 noch genauer zu definieren.

Wie in den Versammlungen erläutert, stellen die Stationen 6/7 und 15 den Trimm-Dich-Pfad als Teil des Wegenetzes dar. Die dazu gehörenden Informationstafeln als Ergänzung hierzu wird im März d. J. aufgestellt, wie auch die öffentliche Präsentation des Gesamtprojektes im Frühjahr 2011 erfolgen wird.

Für die gesamten Maßnahmen, die oben genannt und 2010 realisiert wurden, wurden 71.000,00 € verwendet. Ca. 70 % der Kosten werden dabei von Bund und Land im Rahmen der Förderung durch die „Soziale Stadt" übernommen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Wölk (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 9 01/2011)
Vorlage: VO/0083/2011

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, ob es ein Umgestaltungskonzept für den Südbahnhof gibt, dessen Prüfung vom Stadtparlament beschlossen wurde und warum man, bevor man ein solches

Konzept vorstellt, Fakten durch die Pflanzung von Bäumen und das Aufstellen von Bushaltestellenhäuschen schafft?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat 2006 beauftragt, „ein Konzept zum Ausbau eines verkehrsberuhigten Bereichs im gesamten Südbahnhofsviertel" zu entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat 2008 beauftragt, ein Konzept für den Theodor-Bleek-Platz zu entwickeln.
Einige Zeit sah es so aus, als könnte ein solches Konzept kurzfristig gemeinsam mit der Bahn und dem RMV umgesetzt werden. Allerdings gibt es derzeit keine Entwicklung, dass Bahn und RMV den Haltepunkt Südbahnhof verändern.
Daher sollte ein Konzept zur Neugestaltung des Südbahnhofbereiches in die Planung der Sanierung der Frauenbergstraße aufgenommen werden.

Gegenwärtig gibt es noch kein umfassendes Konzept zur Umgestaltung des Vorplatzes am Südbahnhof. Kurz- und mittelfristig ist entsprechend auch nicht mit baulichen Maßnahmen zur Umgestaltung des Südbahnhofes zu rechnen, da andere Verkehrsprojekte (z. B. Hauptbahnhof, Universitätsstraße) vorrangig zu bearbeiten waren.

Durch das im Jahr 2007 eingeführte Fahrplankonzept der Stadtwerke hat der Südbahnhof als Haltepunkt mit Umsteigebeziehung an Bedeutung gewonnen. Die zunehmende Frequentierung der Haltestellen haben kurzfristige Verbesserungen an der bestehenden Situation notwendig gemacht. Neben den 2008 und 2009 durchgeführten Baumpflanzungen, die zur optischen Aufwertung des Platzes beitragen, wurden Bordsteinabsenkungen vorgenommen und in diesem Herbst/Winter durch die Stadtwerke neue Wartehallen aufgestellt.

Damit wurde der Vorplatz des Südbahnhofes kurzfristig funktional und gestalterisch aufgewertet. Ein vollständiges Umbaukonzept muss in Zusammenhang mit der Sanierung der Frauenbergstraße aufgestellt, finanziert und umgesetzt werden können. Die o. g. punktuellen Verbesserungen sind für die künftige Umgestaltung des Platzes kein Hindernis.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 10 01/2011)
Vorlage: VO/0061/2011

Wo steht die Stadt Marburg im hessenweiten Vergleich beim aktuellen Schuldenstand bzw. bei der Verschuldungsentwicklung in den Jahren 2005 - 2010?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Hessenweite Zahlen für 2010 liegen naturgemäß noch nicht vor, so dass ein Vergleich damit nicht möglich ist.

Im hessenweiten Vergleich 2005 zu 2009 zeigt sich folgende Entwicklung:

	2005 in T€	2009 in T€	Diff. in T€	Diff. in %
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen	9.301.051 €	9.357.973 €	+ 56.922 €	+ 0,6%
Schulden in Marburg	110.855 €	57.808 €	-53.047 €	-48%

Es handelt sich dabei wie in der Fragestellung vorgegeben um die Gesamtschulden.

Nur auf den Kreditmarkt bezogen ergäbe sich folgendes:

	2005 in T€	2009 in T€	Diff. in T€	Diff. in %
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen	7.968.387 €	8.074.818 €	+ 106.431 €	+ 1,3%
Schulden in Marburg	93.747 €	42.947 €	-50.800 €	-54%

Anzumerken ist, dass die Pro-Kopf-Verschuldung 2009 in Marburg weniger als halb so hoch ist wie hessenweit.

Ein Vergleich Marburgs mit den übrigen Sonderstatusstädten in Hessen ist traditionell in jeder Haushaltsrede des Kämmerers enthalten.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Monika Biebusch (Nr. 11 01/2011)
Vorlage: VO/0062/2011

Wie viele Zinsen hat die Stadt Marburg in den Jahren 2005 bis 2010 durch Entschuldungsentwicklung eingespart?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Jahr 2005 hatte die Stadt 4,3 Mio € Zinsen für Investitionskredite an den Kreditmarkt zu leisten zuzüglich 225.000 € als Zinsen für Kassenkredite.

Die Zinsbelastung 2010 liegt unter 1,1 Mio. €, und zwar ausschließlich für Investitionskredite.

Diese Zinsersparnis beruht einerseits darauf, dass konsequent Schulden abgebaut wurden und andererseits darauf, dass das gesunkene Zinsniveau

geschickt ausgenutzt wurde.

In seinem „Bericht über das Finanz- und Schuldenmanagement in Marburg" hatte der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung im September 2009 ausführlich darüber informiert.

Der Bericht ist über das Parlamentsinformationssystem bzw. über die Internetseite der Stadt Marburg als TOP 12.6 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom September 2009 abrufbar.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 12 01/2011)
Vorlage: VO/0063/2011

Wie hat sich die Kreisumlage in den Jahren 2005 bis 2010 entwickelt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Kreisumlage hat sich von 2005 bis 2010 wie folgt entwickelt:

Ergebnis 2005	15.075.734 €
Ergebnis 2006	16.578.277 €
Ergebnis 2007	20.259.209 €
Ergebnis 2008	21.817.308 €
Ergebnis 2009	26.838.988 €
Ergebnis 2010	24.758.667 €

Im Übrigen hatte der Oberbürgermeister diese Frage in seiner Einbringungsrede zum Doppelhaushalt 2010/2011 bereits beantwortet.

Der Hebesatz für die Kreisumlage 2009 und 2010 lag bzw. liegt bei 48,6%. Wie der Landrat in seiner Haushaltsrede am 17.12.2010 angekündigt hat, will der Kreis für 2011 bei den 48,6% bleiben. Vor 2009 betrug der Hebesatz 47%.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 13 01/2011)
Vorlage: VO/0097/2011

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Wie beurteilt der Magistrat den Erfolg der Rodelbahn am Steinweg während des Weihnachtsmarktes 2010? Gibt es eine Möglichkeit, neben den Kosten auch eine Kosten/Nutzen-Relation aufzuzeigen?

Die Eisrodelbahn wurde nach 2009 im Dezember 2010 zum zweitenmal eingerichtet und war erneut ein großer Erfolg. Durch die Beteiligung einer Reihe von Sponsoren aus der heimischen Wirtschaft konnten die Nutzer in 2010 kostenlos rodeln. Projekte wie die Eisrodelbahn entziehen sich einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Relation, da ihr Nutzen sich nicht in Euro oder Cent beziffern lässt. Man kann aber einen eindeutigen Image- und Marketingwert feststellen, haben doch mehrere Fernsehsender über die

einmalige Attraktion einer Eisrodelbahn mitten in der Stadt berichtet, so HR3, RTL, Pro7. Diesen teils mehrminütigen Filmen ist ein Werbeeffekt beizumessen, der nicht bezahlbar ist. Das Ice-Race von Red-Bull war tagelang Gegenstand im Internet. Und dem Ziel mit der Rodelbahn im Steinweg die Verbindung zwischen Oberstadt und Nordstadt zu verbessern kam man ebenfalls näher. Unter dem Strich ist die Eisrodelbahn eine Bereicherung der vorweihnachtlichen Szenerie in Marburg und ein unbezahlbarer Werbeträger für unsere Stadt auch überregional.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Kirsten Dinnebier (Nr. 14 01/2011)
Vorlage: VO/0069/2011

Seit einiger Zeit dauert die Fragestunde nur noch 30 Minuten. Wie oft ist es seit dem vorgekommen, dass nicht alle Fragen innerhalb dieses Zeitrahmens beantwortet werden konnten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Seit der Maisitzung 2009 hat der Magistrat in 10 von insgesamt 18 Sitzungen Kleine Anfragen schriftlich beantwortet.

Der Ältestenrat hatte zur Straffung des Sitzungsablaufs die Fragestunde auf 30 Minuten begrenzt und den Sitzungsbeginn auf 16.00 Uhr terminiert.

Diese Regelung gilt bis heute.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 15 01/2011)
Vorlage: VO/0064/2011

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Kosten dem DBM entstanden sind für das Abdrucken und die flächendeckende Verteilung der Abholinformationen für den Gelben Sack durch die Firma Sita und wieviel davon der Stadt durch die Firma Sita erstattet wurden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Durch den Wechsel in der operativen Sammlung der Gelben Säcke durch die Firma SITA Mitte wurde die Tourenplanung dafür durch SITA erstellt; dies machte im Ergebnis eine komplette Umgestaltung des Layouts des bisherigen Abfuhrkalenders notwendig. So mußte z.B. aufgrund der geänderten Tourenplanung, die nicht mit der des DBM übereinstimmt ein komplettes Straßenverzeichnis und die neuen Touren für die Gelbe-Sack-Sammlung aufgenommen werden.

Dies führte dazu, dass die Bürgerinformationen über die verschiedenen Entsorgungswege reduziert werden sowie die bisher im Abfallkalender bereits mit abgedruckte Sperrmüllkarte ganz entfallen mußte; insgesamt also eine Reduzierung des Serviceangebotes für die Marburger Bürgerinnen und Bürger.
Dies hatte natürlich einen zeitlichen und damit auch kostenmäßigen Aufwand für

die Neuerstellung des Abfuhrkalenders beim DBM zur Folge.

Für die Änderung des Layouts sowie den anteilig der belegten Fläche entstandenen Druckkosten ist für die Darstellung der LVP-Sammlung im Abfuhrkalender ein Aufwand i.H.v. 3.000 € entstanden.

Der für die flächendeckende Verteilung der Müllabfuhrkalender entstandene Aufwand wird derzeit noch exakt ermittelt. Nimmt man als Basis des Kostenanteils auch hier den anteiligen Flächenbedarf für die Neudarstellung der LVP-Sammlung ergibt sich nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ein Betrag i.H.v. ca. 5.000 €.

Die Aufwendungen werden SITA in Rechnung gestellt. Es bleibt aber noch abzuwarten, ob die Firma die Forderung akzeptieren wird.

Bei dieser Darstellung sind aber noch in keinster Weise die Aufwendungen berücksichtigt, die im DBM entstanden sind, um die Bürgerinnen und Bürger über die Veränderungen zu informieren, insbesondere dabei die täglich eingehenden persönlichen und telefonischen Anfragen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Heck (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach und dem Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die verkürzte Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Kleinen Anfragen Nr. 16 bis Nr. 41 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 Stiftung des "Jürgen-Markus-Preis: Marburg barrierefrei"
Vorlage: VO/1769/2010

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Zum Gedenken an das Leben und Wirken von Jürgen Markus (12.09.1957 - 05.02.2010) stiftet die Universitätsstadt Marburg den „Jürgen-Markus-Preis: Marburg-barrierefrei“. Der mit 20.000 EUR dotierte Preis soll alle 2 Jahre vergeben werden für Maßnahmen, Initiativen und Projekte in der Universitätsstadt Marburg, die

- **zum Abbau von Barrieren in Straßen und Häusern,**
- **zum Aufbau des freien Zugangs zu sozialem Leben und Kultur und**
- **zur Teilhabe und Inklusion von Menschen mit und ohne Behinderungen**

führen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet ein Kuratorium, dessen Zusammensetzung und Geschäftsordnung der Magistrat im Benehmen mit allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung bestimmt.

---

zu 6 Marburger Ortsrecht
hier: I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0013/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 7 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Rudolphsplatz
Vorlage: VO/1730/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschirft. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Florschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Sell (SPD), Stompfe (CDU). Für den Magistrat sprechen Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel. Weiterhin sprechen der Stadtverordnete Stompfe (CDU) und erneut der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen von CDU und MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der städtebauliche Ideenwettbewerb Rudolphsplatz wird auf Grundlage der vorbereitenden Untersuchungen, des Verkehrsgutachtens und den Ergebnissen des Bürgerworkshops ausgelobt.
Die Abgrenzung des Wettbewerbsgebietes wird, wie im anliegenden Plan vorgenommen, festgelegt.

---

zu 8 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Beschluss für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg“ und Aufstellungsbeschluss für den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 3/8 „Elisabethenhof“ in Marburg
Vorlage: VO/1722/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird,

1. die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg" und
2. die Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes (§ 12 BauGB) Nr. 3/8 „Elisabethenhof Marburg" in Marburg

gemäß § 2 BauGB beschlossen.

---

zu 9 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 7/6 „Wassergasse - Schubbelackerweg“ in Marburg
Vorlage: VO/1726/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 7/6 „Wassergasse - Schubbelackerweg“ in Marburg beschlossen.

---

zu 10 Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/7, Campus Lahnberge, Synthetische Mikrobiologie
Vorlage: VO/1756/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/7, Campus Lahnberge, Synthetische Mikrobiologie, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB), beschlossen.

---

zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/13 (inkl. Teiländerung 6/21) Alte Kasseler Straße/Schützenstraße
Vorlage: VO/1757/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/13 (inkl. Teiländerung 6/21) Alte Kasseler Straße Schützen-straße gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

2. **Der Bebauungsplan wird im „beschleunigten Verfahren“ gemäß § 13 a BauGB aufgestellt.**

---

zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 18/8-4. Änderung, „Beltershäuser-/Cappeler Straße, tegut-Markt“ im Stadtteil Cappel
- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der eingegangenen Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen
Vorlage: VO/1731/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP, Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

1) Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

a) die unter den laufenden Nummern 1, 2, 5, 7, 11 gelisteten Stellungnahmen werden berücksichtigt,
b) die unter der laufenden Nummer 13 gelistete Stellungnahme wird nicht berücksichtigt,
c) die unter den laufenden Nummern 3, 4, 6, 8, 9, 10, 12 geleisteten Stellungnahmen werden teilweise berücksichtigt,.
d) Die Grundzüge der Planung werden von den Planänderungen in Folge der Stellungnahmen nicht berücksichtigt.

2) Der Bebauungsplan Nr. 18/8-4. Änderung, „Beltershäuser-/Cappeler Straße, tegut-Markt“ im Stadtteil Cappel wird einschließlich Begründung und Genehmigungsplanung zum Knotenumbau L 3089/L 3125 unter Bezug auf die folgende Begründung als Satzung beschlossen.

3) Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 18/8-4. Änderung, „Beltershäuser-/Cappeler Straße, tegut-Markt“ im Stadtteil Cappel werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) und § 9 Baugesetzbuch (BauGB) für diesen Bebauungsplan beschlossen.

---

zu 13 Wirtschaftsplan 2011 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0029/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den beigefügten Wirtschaftsplan 2011 der Stiftung St. Jakob zu beschließen.

---

zu 14 Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0030/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Ältestenrat wurde Aussprache angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Pfalz (CDU) und Stadträtin Dr. Weinbach für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2009 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 9.779.371,44 EUR festgestellt. Der Jahresfehlbetrag i.H.v. 27.578,31 EUR wird in das Geschäftsjahr 2010 vorgetragen und mit der bestehenden Ergebnisrücklage i.H.v. 34.899,54 EUR verrechnet.**
2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

---

zu 15 Dringlichkeitsanträge

---

zu 15.1 Dringlicher Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Altglasentsorgung
Vorlage: VO/0076/2011

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird dringend gebeten, bei der Firma Sita zu intervenieren, um die Sicherstellung der Altglasentsorgung zu erreichen.

---

zu 16 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 16.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Einrichtung eines Zebrastreifens in der Biegenstraße, Höhe Stadtdhalle
Vorlage: VO/1743/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung eines Zebrastreifens in der Biegenstraße, Höhe Stadthalle möglich ist.

zu 16.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Sportmöglichkeiten in den Ferien
Vorlage: VO/1744/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD).

Der Schul- und Kulturausschuss hat den Beschlusstenor dieser Vorlage wie folgt abgeändert:

Der Schul- und Kulturausschuss beauftragt den Fachdienst Sport, das Kinder- und Jugendparlament über das Verfahren zur Nutzung der Sporthallen in den Ferien zu informieren.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem veränderten Beschlusstenor.

Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Widerspruch vorgetragen. Folglich gilt dies als vereinbart. Eine Beschlussfassung über die Vorlage erübrigt sich daher.

zu 17 Anträge der Fraktionen

zu 17.1 Antrag der Fraktionen SPD u. Bündnis 90/Die Grünen betr. “Zukunftsplan für den August-Bebel-Platz“
Vorlage: VO/0160/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig zu diesem Antrag folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg, einen Zukunftsplan für den August-Bebel-Platz, die angrenzenden Gebäude und die Verkehrsführung auf der Marburger Straße zu entwickeln.

Hierbei sind die jetzigen Nutzungen (Jugendhaus, Sportvereine, Vereinsleben und Ortsvorsteherbüro mit Verwaltungsaußenstelle) in die Planungen mit ein zu beziehen.

zu 17.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0259/2009

Der Antrag befindet sich noch in Beratungsgang der dafür gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen. Eine Entscheidung wird in der kommenden Legislaturperiode getroffen werden.

---

zu 17.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Satzung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0261/2009

Der Antrag befindet sich noch in Beratungsgang der dafür gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen. Eine Entscheidung wird in der kommenden Legislaturperiode getroffen werden.

---

zu 17.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Marburger Entsorgungsgesellschaft
Vorlage: VO/1620/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zusammen mit der im Ausschuss vorgelegten Antwort auf die große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbetrieb Marburg DBM und in der Marburger Entsorgungsgesellschaft MEG ausführlich beraten. Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) hat eine Neufassung des Antrages vorgelegt und beantragt die seperate Abstimmung über die einzelnen Punkte. Die Neufassung des Antrages liegt allen Stadtverordneten heute als Tischvorlage vor.

Der neugefasste Antrag hat folgenden Text:

... (Nobert Wagner anrufen)

Dazu schlägt der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) vor, die Nr. 4 des geänderten Antrages wie folgt zu fassen:

4. Der § 2 des Tarifvertrages ist im Einvernehmen mit dem Betriebsrat anzupassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den geänderten Antragstenor der Fraktion Marburger Linke abzulehnen. Weiterhin empfiehlt der Ausschuss den Änderungsantrag des Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) zu Ziffer 4. anzunehmen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Stadträtin Dr. Weinbach und Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher wie beantragt über die Ziffern 1 bis 4 der geänderten Vorlage seperat abstimmen.

Zu Ziffer 1.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger

Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 3.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 4.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt alternativ abstimmen über die Ziffer 4 des geänderten Antrages der Fratkion Marburger Linke und über die Formulierung zu Ziffer 4, die der Stadtverordnete Göttling im Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen hat.

Für die Ziffer 4 des Antrages der Fratkion Marburger Linke spricht sich die Fraktion Marburger Linke aus. Für den vom Stadtverordneten Göttling vorgeschlagenen Antragstext zu Ziffer 4 sprechen sich die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBL aus. Damit hat die Stadtverordnetenversammlung zu Ziffer 4 folgenden Beschluss gefasst:

Der § 2 des Tarifvertrages ist im Einvernehmen mit dem Betriebsrat anzupassen.

---

zu 17.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung des Stadtpasses für VHS-BesucherInnen
Vorlage: VO/1714/2010

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Im Anschluss daran hat die antragstellende Fraktion den Antrag zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 17.6 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt Bauerbach
Vorlage: VO/1758/2010

Der Antrag ist zu Beginn der Sitzung per Mehrheitsentscheidung an den Ortsbeirat des Stadtteils Bauerbach zur Beratung und Stellungnahme überwiesen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 17.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Gelbe Säcke
Vorlage: VO/1764/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP-Fraktion und mit Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat in seinem Bemühen, den Wechsel bei der Abholung der „Gelben Säcke" vom DBM zu Sita für die Marburger Bürgerinnen und Bürger möglichst reibungslos erfolgen zu lassen.

Wichtig ist dabei, dass

1. **alle Marburger Bürgerinnen und Bürger in ausreichendem Maße über die Neuorganisation der Entsorgung der "Gelben Säcke" ab dem 1. Januar 2011 und der sich daraus ergebenen praktischen Veränderungen informiert sind.**

2. **die Firma Sita, die in den letzten 20 Jahren vom Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg eingeführten, verschiedenen bürger- und kundenfreundlichen und an den Bedürfnissen vor Ort orientierten Angebote weiterführt.**

3. **die Grundverteilung der „Gelben Säcke" für alle Marburgerinnen und Marburger zeitnah sichergestellt wird.**

4. **die nachfolgende Bedarfsdeckung der „Gelben Säcke" bürgerfreundlich an mehreren Ausgabestellen im Stadtgebiet erfolgt.**

5. **der Müllabfuhrplan für die „Gelben Säcke" auch in geeigneter Form für blinde sowie sehbehinderte Menschen erstellt wird und wie der Müllabfuhrkalender des DBM barrierefrei über das Internet verfügbar ist.**

6. **Beschwerdemöglichkeiten auch direkt bei der Firma Sita bekannt gemacht werden.**

---

zu 17.8 Antrag der MBL-Fraktion betr. Erweiterung des Sanierungsgebiets Nordstadt
Vorlage: VO/1770/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP und

MBL und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Solarbäume am Messegelände
Vorlage: VO/1771/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP und MBL und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einzelhandel
Vorlage: VO/1772/2010

Mit diesem Tagesordnungspunkt wird gleichzeitig aufgerufen der Tagesordnungspunkt 17.24 Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Allianzhaus.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet zu den Vorlagen der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Zu TOP 17.10:

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde beantragt.

Zu TOP 17.24:

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) stellte den Änderungsantrag, dass in dem Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nr. 2 die Zahl 12.000 qm auf 10.000 qm geändert wird.

Dieser Änderungsantrag wurde vom Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt den Antrag ihrer Fraktion um einen neuen Punkt 6 mit folgendem Text:

6. Besonders wichtige Bereiche wie Lebensmittelmarkt und Postdienstleistung müssen zwingend als Angebot erhalten bleiben.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den ergänzten Antrag anzunehmen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Hussein (SPD) und Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Nach der Aussprache stellt der Stadtverordnete Sawalies (FDP) den Geschäftsordnungsantrag auf Einzelabstimmung der einzelnen Unterpunkte beim TOP 17.24.

Dagegen wird nicht gesprochen.

Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 17.10:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag Tagesordnungspunkt 17.10 wird abgelehnt.

Beschlussfassung zu TOP 17.24:

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke auf, in Ziffer Nr. 2 die Zahl 12.000 qm auf 10.000 qm abzuändern. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Es folgt die Einzelabstimmung zu den Ziffern 1. bis 6.

Zu Ziffer 1.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von CDU und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Es ist auf einen klaren Branchenmix zu achten. Dabei sollen die Bedürfnisse der Oberstadt beachtet werden und Verdrängungseffekte auf jeden Fall vermieden werden. Dies soll auch erreicht werden, indem das Gebäude keine geschlossene Einkaufswelt wird, sondern sich dem räumlichen Umfeld öffnet und auf optimale Wegebeziehungen zur Oberstadt geachtet wird.

Zu Ziffer 2.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

2. Die Verkaufsfläche des künftigen Einkaufszentrums soll 12.000 qm nicht übersteigen.

Zu Ziffer 3.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

3. Eine Integration des Fachbereichs Jura in das neu zu errichtende Gebäude ist gewünscht und soll in Abstimmung mit dem Präsidium der Philipps-Universität erfolgen.

Zu Ziffer 4.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

4. Zur verträglichen Steuerung des Verkehrs sind Konzepte zu entwickeln und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Zusätzlicher motorisierter Individualverkehr ist zu vermeiden.

Zu Ziffer 5.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

5. Zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, in den Dimensionen angepassten Architektur ist ein Wettbewerb durchzuführen.

Zu Ziffer 6.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

6. Besonders wichtige Bereiche wie Lebensmittelmarkt und Postdienstleistung müssen zwingend als Angebot erhalten bleiben

Nach der Beschlussfassung stellt der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung hier zu beenden und eine Fortsetzungssitzung im Februar anzuberaumen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

---

zu 17.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Anbringung eines Spiegels gegenüber der Einmündung Rollwiesenweg - Frauenbergstraße
Vorlage: VO/1773/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Beschlusstenor des Antrages wurde im Umweltausschuss wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Verkehrsspiegel gegenüber der Einmündung Rollwiesenweg auf die Frauenbergstraße angebracht werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Verkehrsspiegel

gegenüber der Einmündung Rollwiesenweg auf die Frauenbergstraße angebracht werden kann.

---

zu 17.12 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Standorte von Defibrillatoren am Richtsberg
Vorlage: VO/0001/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Beschlusstext der Vorlage ist im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt zu prüfen, in welchen Stadtteilen und an welchen Standorten Defibrillatoren aufgestellt werden sollen.

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt zu prüfen, in welchen Stadtteilen und an welchen Standorten Defibrillatoren aufgestellt werden sollen.

---

zu 17.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stelle eines Sozialplaners
Vorlage: VO/0002/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Antrag zur Ablehnung empfohlen, sowie Aussprache angemeldet.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauungsplan 1/30a Biegen- und Deutschhausviertel
Vorlage: VO/0003/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Meyer (SPD). Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss nach ausführlicher Beratung zur Ablehung empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken, FDP und MBL, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.15 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Finanzielle Kürzungen bei Kooperation von Sportvereinen mit Schulen
Vorlage: VO/0004/2011

Diesem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind die Fraktionen CDU, MBL und Marburger Linke beigetreten.

Die Vorlage wurde im Schul- und Kulturausschuss beraten. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Hessische Kultusministerin Henzler dazu aufzufordern, die Kürzungen von Zuschüssen für die Kooperationen von Schulen mit Sportvereinen im laufenden Schuljahr zurückzunehmen.

---

zu 17.16 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kilian
Vorlage: VO/0005/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde beantragt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Auch hier wurde Aussprache angemeldet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, sowie bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.17 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Unterstellmöglichkeiten und Sitzgelegenheiten an den Bushaltestellen
Vorlage: VO/0014/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zu prüfen, ob an den Bushaltestellen ausreichend Sitz- und Unterstellmöglichkeiten vorhanden sind und diese ggf. ergänzen.

Bei der Wahl von Sitzmöbeln ist den besonderen ergonomischen Bedürfnissen Älterer Rechnung zu tragen. Insbesondere ist auf eine angemessene Sitzhöhe zu achten. Vordringlich ist eine vandalismussichere Ausführung, wobei Holzbänke mit ihren angenehmeren Sitzeigenschaften bevorzugt an Einzelhaltestellen in den Außenstadtteilen zum Einsatz kommen können.

---

zu 17.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wiederanschluss der Bushaltestelle „Sonnenblickallee“ an den Marburger ÖPNV
Vorlage: VO/0018/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antragstenor wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass in den Zeiten von 19:37 Uhr (Montag bis Freitag), 18:07 Uhr (Samstag), 16:45 (Sonntag) wieder einen Anbindung des Oberern Richtsberges an den ÖPNV geschaffen wird.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass in den Zeiten von 19:37 Uhr (Montag bis Freitag), 18:07 Uhr (Samstag), 16:45 (Sonntag) wieder einen Anbindung des Oberern Richtsberges an den ÖPNV geschaffen wird.

---

zu 17.19 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Radwegekonzept Lahnberge
Vorlage: VO/0023/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und MBL, Nein-Stimmen der FDP und bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, bis zum Sommer 2011 ein Radwegekonzept für die Lahnberge vorzulegen.

1. **Die Lahnberge sollen - trotz der topgraphisch schwierigen Lage - sowohl von Cappel und Bauerbach, von Marburg Mitte und vom Marburger Norden aus für den Fahrradverkehr erschlossen werden.**
2. **Hierbei soll auch geprüft werden, inwieweit eine Verknüpfung von ÖPNV und Fahrradverkehr möglich ist.**
3. **Das Konzept soll einen Radwegeausbauplan für die nächsten 3 Jahre erhalten.**

---

zu 17.20 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Anpassung der Richtlinien des Marburger Stadtpasses
Vorlage: VO/0024/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Fraktion Marburger Linke hat im Sozialausschuss den Antrag gestellt, den Beschlusstext wie folgt zuverändern:

Der Magistrat wird beauftragt, die Richtlinien für den Marburger Stadtpass baldmöglichst wie folgt zu ändern:

1. Die Einkommensgrenzen des berechtigten Personenkreises sollen von dem derzeit ca. 1,5-fachen Regelsatz auf den 2-fachen Regelsatz erhöht werden.

2. Die Stadtpassinhaberinnen und -inhaber nutzen den ÖPNV kostenlos.

3. Neben den kostenlosen Deutsch- und Alphabetisierungskursen sollen zwei weitere Kurse bei der VHS oder der Familienbildungsstätte kostenlos belegt werden können.

4. Die Stadtpassinhaberinnen und -inhaber erhalten kostenlosen Eintritt in allen städtischen Bädern.

Dieser Änderungsantrag wurde im Sozialausschuss jedoch abgelehnt.

Zum Ausgangsantrag empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus dem Sozialausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Ausgangsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der FDP und Enthaltungen von CDU und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Richtlinien für den Marburger Stadtpass baldmöglichst wie folgt zu ändern:

1. Die Einkommensgrenzen des berechtigten Personenkreises sollen von dem derzeit ca. 1,5-fachen Regelsatz auf den 2-fachen Regelsatz erhöht werden.

2. Der Zuschuss für den ÖPNV soll von derzeit 9 € pro Monatskarte bei Erwachsene auf 13 € und von 7 € pro Monatskarte bei Schülerinnen und Schüler auf 11 € erhöht werden.

3. Neben den kostenlosen Deutsch- und Alphabetisierungskursen soll ein weiterer Kurs bei der VHS oder der Familienbildungsstätte mit 80 % bezuschusst werden.

---

zu 17.21 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Spielplatz am Rübenstein
Vorlage: VO/0025/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird beauftragt, den Spielplatz Kugelgasse so umzugestalten, dass er für Kinder verschiedener Altersgruppen attraktiver wird. Dabei soll die mittelalterliche Atmosphäre der Oberstadt thematisch aufgegriffen werden.**

2. **Das Kinder- und Jugendparlament soll bei der Planung der Neugestaltung miteinbezogen werden.**

---

zu 17.22 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Stickstoffdioxidbelastung in Marburg
Vorlage: VO/0026/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD).

Der Umweltausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten und über die Punkte 1 bis 3 getrennt abgestimmt. Alle Antragsteile werden der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt genau wie im Umweltausschuss über die Punkte 1 bis 3 getrennt abstimmen.

Zu Punkt 1 der Vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich in Sorge, dass laut den vorläufigen Daten des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie auch im Jahr 2010 die Stickstoffdioxidbelastung in Marburg den verbindlichen EU-Grenzwert überschreitet.**

Zu Punkt 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

2. **Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Maßnahmen er im Rahmen seiner Möglichkeiten unternommen hat, um die Luftqualität in Marburg zu verbessern. Dabei möge er auch ggf. auf Veränderungen hinweisen, die sich aufgrund des von der Landesregierung erstellten „Luftreinhalteplan Marburg“ ergeben haben, der im März 2009 in Kraft getreten ist.**

Zu Punkt 3:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

3. **Der Magistrat wird gebeten, mit der Landesregierung und dem Regierungspräsidium Gießen in Gespräche zu treten, um den „Luftreinhalteplan Marburg“ ggf. nachzubessern. Dabei soll insbesondere der Forderung der Stadtverordnetenversammlung nach einem Tempolimit von 80km/h für Pkws und von 60km/h für LKWs auch vor dem Hintergrund der Stickstoffdioxidbelastung Nachdruck verliehen werden**.

---

zu 17.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte
Vorlage: VO/0032/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Oberbürgermeister berichtet dem Hause, dass mit den Damen und Herren Ortsvorstehern/Ortsvorsteherinnen anlässlich der Konferenz im November vergangenen Jahres vereinbart wurde, über eine eventuelle Veränderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der kommenden Legislaturperiode zu beraten und zu entscheiden.

---

zu 17.24 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Allianzhaus
Vorlage: VO/0037/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gleichzeitig mit dem Tagesordnungspunkt 17.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einzelhandel aufgerufen und beraten.

---

zu 17.25 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und MBL betr. Aufklärung und Konsequenzen aus dem Unterschlagungsfall
Vorlage: VO/0042/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich diskutiert worden. Oberbürgermeister Vaupel hat zu dem Antrag stellung genommen und beantwortete soweit möglich die im Antrag enthaltenen Fragen. Weiterhin teilte er mit, dass die entsprechenden Untersuchungsberichte noch vor der Kommunalwahl fertiggestellt werden sollen.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) hat im Ausschuss angeregt, den Antrag dahingehend abzuändern, dass der Begriff "Unterschlagungsfall" durch den Begriff "Veruntreuungsfall" ersetzt wird. Auch soll nicht von einem Veruntreuungsfall bei der Stadtverwaltung gesprochen werden, sondern nur bei der Beihilfestelle der Stadtverwaltung. Diese Veränderungen werden von antragstellenden Fraktionen übernommen, so das der Antrag folgende Fassung erhält:

Der Magistrat wird aufgefordert zu dem Veruntreuungsfall in der Beihilfestelle der Stadtverwaltung Stellung zu nehmen und dabei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen Zeitraum sind nach jetzigem Kenntnisstand Unterschlagungen verübt worden?

2. Welcher Schaden ist bei der Stadt Marburg durch die Unterschlagungen entstanden?

3. Welche Stellen der Stadtverwaltung waren mit der Kontrolle der betreffenden Rechnungsstelle befasst?

4. Weshalb haben die Kontrollen in der Vergangenheit nicht gegriffen?

5. Wie will der Magistrat sicherstellen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen?

6. Welche Konsequenzen hat der Magistrat hinsichtlich des Betroffenen, welche hinsichtlich der Vorgesetzten (Fachdienstleiter, Fachbereichsleiter) gezogen?

7. Welche sollen noch gezogen werden?

8. Welche Konsequenzen zieht der verantwortliche Dezernent, Oberbürgermeister Vaupel, persönlich aus dem Vorfall?

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung zu der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Schwebel (FDP), Stompfe (CDU), Acker (SPD) und Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke).

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth stellt im Rahmen seines Redebeitrages folgenden Antrag:

Die nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg findet im Februar und März 2011 statt.

Begründung: Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung wird im April zusammentreten, dann aber nur Formalien regeln können. Während die letzte Sitzung der alten Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar blieben der Hauptamtliche Magistrat defakto bis Ende Mai, also 4 Monate, ohne Kontrolle. Der Akteneinsichtsausschuss zur Veruntreuung in der Beihilfestelle erledigt die Stadtverordnetenversammlung als das Organ, an das zu berichten ist.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) stellt weiterhin den Antrag, nach der Abhandlung dieses Tagesordnungspunktes die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat zu einer Sitzung einzuberufen.

Zum Antrag Tagesordnungspunkt 17.25 spricht der Oberbürgermeister. Er beantwortet die im Antrag aufgeführten Fragen, soweit dies möglich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu dem Veruntreuungsfall in der Beihilfestelle der Stadtverwaltung Stellung zu nehmen und dabei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen Zeitraum sind nach jetzigem Kenntnisstand Unterschlagungen verübt worden?

2. Welcher Schaden ist bei der Stadt Marburg durch die

Unterschlagungen entstanden?

3. Welche Stellen der Stadtverwaltung waren mit der Kontrolle der betreffenden Rechnungsstelle befasst?

4. Weshalb haben die Kontrollen in der Vergangenheit nicht gegriffen?

5. Wie will der Magistrat sicherstellen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen?

6. Welche Konsequenzen hat der Magistrat hinsichtlich des Betroffenen, welche hinsichtlich der Vorgesetzten (Fachdienstleiter, Fachbereichsleiter) gezogen?

7. Welche sollen noch gezogen werden?

8. Welche Konsequenzen zieht der verantwortliche Dezernent, Oberbürgermeister Vaupel, persönlich aus dem Vorfall?

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus der gestrigen Sitzung des Ältestenrates. Die CDU-Fraktion hat dort den Antrag gestellt, einen Akteneinsichtsausschuss einzusetzen. Der Ältestenrat hat die Vereinbarung getroffen, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit dieser Aufgabe beauftragt werden soll. Dazu soll der Ausschuss auf 17 Mitglieder aufgestockt werden, damit alle Fraktionen im Akteneinsichtsausschuss vertreten sind.

Anschließend unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung von 19:54 Uhr bis 20:12 Uhr.

Nach Fortsetzung der Sitzung lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den als Geschäftsordnungsantrag eingestuften Antrag der Fraktion Marburger Linke absitmmen, die nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung in Februar und März 2011 durchzuführen. Hierzu erläutert der Stadtverordnetenvorsteher, dass dieser Antrag von der Fraktion Marburger Linke bereits als ordentlicher Antrag zur Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung eingereicht worden war. Der Stadtverordnetenvorsteher hat ihn jedoch zurückgewiesen, weil er in die gesetzlichen Aufgaben des Stadtverordnetenvorstehers (§ 58 Ziff.1 HGO und § 58 Ziff. 5 HGO) eingreifen würde.

Somit hat die Stadtverordnetenversammlung nunmehr über diesen Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Marburger Linke zu entscheiden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum weiteren Verfahren trägt der Stadtverordnetenvorsteher vor: Der von der CDU-Fraktion beantragte Akteneinsichtsausschuss (Haupt- und Finanzausschuss, erweitert auf 17 Mitglieder) wird vom Stadtverordnetenvorsteher zur konstituierenden Sitzung am Mittwoch, den 9. Februar, 17 Uhr im Sitzungssaal Hohe Kante eingeladen. Die Tagesordnung wird die Wahl eines/einer Vorsitzenden, eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden und die Festlegung der Termine und des weiteren Verfahrens für die

Akteneinsichtnahme enthalten.

Damit nimmt die Stadtverordnetenversammlung die gesetzlich vorgesehene Kontrollfunktion wahr. Sollten sich aus der Akteneinsicht beschlussrelevante Konsequenzen ergeben, so kann eventuell auch eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich sein. Auf Nachfrage durch den Stadtverordnetenvorsteher wird aus der Stadtverordnetenversammlung gegen dieses Verfahren nicht gesprochen. Somit gilt es als beschlossen.

Zum weiteren Ablauf der heutigen Stadtverordnetensitzung erinnert der Stadtverordnetenvorsteher an die Vereinbarung im Ältestenrat, die Aussprachen heute um 21 Uhr zu beenden.

---

zu 17.26 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Demokratiebewegung in Tunesien und in Marburgs Partnerstadt Sfax
Vorlage: VO/0045/2011

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag an den Ältestenrat zur Beratung überwiesen.

Aus der Sitzung des Ältestenrates berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Dem Antrag der Marburger Linken sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und MBL beigetreten. Die Vorlage wurde textlich geändert. Sie hat im Ältestenrat folgende Fassung erhalten:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg solidarisiert sich mit der Demokratiebewegung in Tunesien und insbesondere unserer Partnerstadt Sfax und wünscht ihr viel Erfolg bei der Ausgestaltung der neuen demokratischen Verhältnisse. Die Stadt Marburg wird, wenn es erwünscht wird, sie nach ihren Kräften dabei unterstützen.

Begründung: Marburg ist Partnerstadt der Stadt Sfax, daher liegt uns das Wohlergehen der Menschen dort besonders am Herzen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Beschlusstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg solidarisiert sich mit der Demokratiebewegung in Tunesien und insbesondere unserer Partnerstadt Sfax und wünscht ihr viel Erfolg bei der Ausgestaltung der neuen demokratischen Verhältnisse. Die Stadt Marburg wird, wenn es erwünscht wird, sie nach ihren Kräften dabei unterstützen.

---

zu 18 Kenntnisnahmen

zu 18.1 Einwohner/innen Befragung zur Altenplanung
Vorlage: VO/1699/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beiliegenden Bericht zur Altenplanung zur Kenntnis.

zu 18.2 Gebührenfreies 2. Kindergartenjahr
Vorlage: VO/0006/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit den im Doppelhaushalt 2010/2011 für 2010 veranschlagten Mitteln lässt sich ein beitragsfreies 2. Kindergartenjahr nicht realisieren.

zu 18.3 Satzung der Universitätsstadt Marburg für den "Beirat für Stadtgestaltung"
Vorlage: VO/0021/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Synopse der Satzung der Universitätsstadt Marburg für den "Beirat für Stadtgestaltung" sowie die Stellungnahme der IG MARSS e. V. vom 22.12.2010 zur Kenntnis.

Im Übrigen ist der Tagesordnungspunkt eingangs der Sitzung zurückgestellt worden. Die Angelegenheit wird in der neuen Legislaturperiode wieder aufgegriffen werden.

zu 18.4 Wirtschaftliche Auswirkungen der Solarprojekte der GeWoBau auf das Hauptgeschäft der Wohnungsvermietung
Vorlage: VO/0033/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von den nachfolgenden Ausführungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der von der Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn (GeWoBau) betriebenen Solarprojekte Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher geht in einem Redebeitrag auf die erledigten Vorlagen in der ablaufenden Legislaturperiode ein und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Alle Anwesenden werden auf die Gallerie des Sitzungssaales zu einem gemütlichen Ausklang eingeladen.

Die Sitzung wird um 21:54 Uhr geschlossen.

zu 19 Anlagen

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:00 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Heubel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle